

## Länderpapier Italien

Die Republik Italien ist eine parlamentarische Demokratie und zählt mit rund 61 Millionen Einwohnern zu den größten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Das Land ist eines der sechs Gründungsmitglieder und als Mitglied im Schengen-Raum und Mitglied der Euro-Zone tief integriert. Italien gehörte trotz der Krise 2014 zu den Nettozahlern in der EU. Gleichzeitig zählt aber der Süden des Landes zu den wirtschaftlich schwächeren Regionen der EU, weshalb Italien finanzielle Mittel aus den europäischen Strukturfonds erhält. Die italienischen Bürger werden von 73 Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Umfragen zeigen aber nur wenig Europabegeisterung: Die Mehrheit der Bevölkerung ist nicht der Meinung, dass Italien von seiner Mitgliedschaft in der EU profitiert. Für die italienische Außenpolitik ist jedoch aufgrund der geografischen Lage die Befürwortung der europäischen Integration und eine koordinierte Flüchtlingspolitik ein zentrales Anliegen. Auch der Prozess der EU-Erweiterung wird von Italien aktiv unterstützt.

Es gab in den letzten Jahren keinerlei terroristische oder islamistische Anschläge in Italien. Das Land gehört zwar zu einem der fünf EU-Staaten mit den meisten Muslim\*innen, aber gemessen an der Gesamtbevölkerung und an der Entsendung von Kämpfern nach Syrien oder in den Irak würden weniger junge Menschen radikalisiert oder als potentielle Gefährder in Erscheinung treten als in anderen europäischen Staaten. Verschiedene Quellen gehen davon aus, dass etwa 110 Personen aus Italien nach Syrien oder in den Irak mit der Intention gereist sind, sich dort einer militanten Gruppierung wie dem sogenannten Islamischen Staat anzuschließen. Von diesen 110 Personen sollen nur etwa 12-15 Personen tatsächlich eine italienische Staatsbürgerschaft besitzen, die übrigen reisten lediglich von italienischen Startpunkten aus. Dennoch ist bekannt, dass Italien seit den 1980er Jahren als logistische Basis für verschiedene radikalislamische Strömungen aus Nordafrika und Südasien fungiert. Städte wie Mailand und Como sowie weitere nördliche Provinzen dienten nachweislich als Drehkreuz für in Europa operierende dschihadistische Netzwerke.

Italien setzt viel Personal zur Analyse potentieller Gefahren ein, z.B. durch Observierung von als „gefährdend“ eingestuften Personen. Darüber hinaus wurden seit Januar 2015 bereits 202 Personen aus Italien wegen des Verdachts auf Mitgliedschaft in einer islamistischen oder terroristischen Vereinigung ohne Einspruchsmöglichkeit oder richterlicher Vorführung in ihre Ursprungsländer zurückgeführt oder abgeschoben. Dies ist weit mehr als in anderen EU-Staaten. Die Klassifizierung der „ausländischen terroristischen Kämpfer“ wird von den italienischen Sicherheitsbehörden ebenso für Kontrollen und Maßnahmen zur Einhaltung von Recht und Gesetz auf Internetseiten angewandt, um pro-dschihadistische Kanäle trocken zu legen.

Italienische Politiker\*innen äußern sich häufig mit dem Argument der Effektivität der italienischen Sicherheitsbehörden und ergriffenen Maßnahmen als Antwort auf die Frage, weshalb es in Italien noch keinen islamistischen Anschlag gegeben habe. Man widersetzt sich einer europäischen Harmonisierung in diesem Politikfeld zwar nicht, sieht jedoch auch keine direkte Notwendigkeit des Handelns.